

Staatsbürgerschaften sind zu einem globalen Geschäft geworden. **Goldene Pässe** locken Vermögende nicht nur in die Karibik. Auch Österreich ist Teil dieses Marktes.

VON ALOYSIUS WIDMANN

Mehr Pässe, mehr Freiheit

Der österreichische Pass gehört zu den besten der Welt, ganze 185 Länder lassen sich damit ohne vorher beantragtes Visum bereisen. Aber wäre es nicht praktisch, noch einen zweiten Pass zu haben? Nur als Sicherheit für alle Fälle. Auch der ukrainische Pass ist kein schlechter mit 142 unkompliziert zugänglichen Destinationen. Aber trotzdem machte die russische Invasion Millionen Ukrainer zu Flüchtlingen, mit einer EU-Staatsbürgerschaft etwa hätten sie ganz andere Rechte in Europa. Noch mehr Möglichkeiten hat freilich, wer nicht nur Europäer ist, sondern vielleicht auch Staatsbürger eines Karibikstaats wie St. Kitts & Nevis, der sich aus geopolitischen Machtspielen heraushalten kann. Aber auch der Pazifikstaat Naoero (früher Nauru) oder Argentinien gelten als sichere Häfen. Wie viele Pässe dürfen es also sein? Und welche?

Viele Vermögende sammeln Pässe, um im Notfall einen Plan B zu haben.

Diese Fragen sind keine Gedanken-spiele. Zumindest nicht für Menschen mit dem nötigen Kleingeld. Immer mehr Staaten bieten im Gegenzug für Spenden oder Investitionen Aufenthaltstitel oder Staatsbürgerschaften an. Die Preise für Aufenthaltsrechte – sogenannte Goldene Visa – reichen von 50.000 Euro im EU-Mitglied Lettland bis hin zu einer Million Dollar oder mehr auf den Bahamas oder den Caymaninseln. Auch bei Staatsbürgerschaften variieren die Konditionen. Der ozeanische Inselstaat Naoero (vormals Nauru) offeriert seine Goldenen Pässe noch bis Ende des Jahres für 95.000 US-Dollar, danach steigt der Preis auf 120.000 US-Dollar an. Karibikstaaten wie die Karibikinseln Grenada oder Antigua und Barbuda verlangen Investments von 200.000 Dollar oder mehr für eine Staatsbürgerschaft. Wer etwa einen türkischen Pass möchte, muss mindestens 400.000 Dollar in Immobilien stecken. Welche Gegenleistung verlangt wird, unterscheidet sich von Land zu Land: Mancherorts fließt das Geld in zweckgebundene Staatsfonds, etwa für Infrastruktur oder Klimaschutz, andernorts müssen Bewerber in Immobilien, heimische Unternehmen oder andere vorgegebene Projekte investieren.

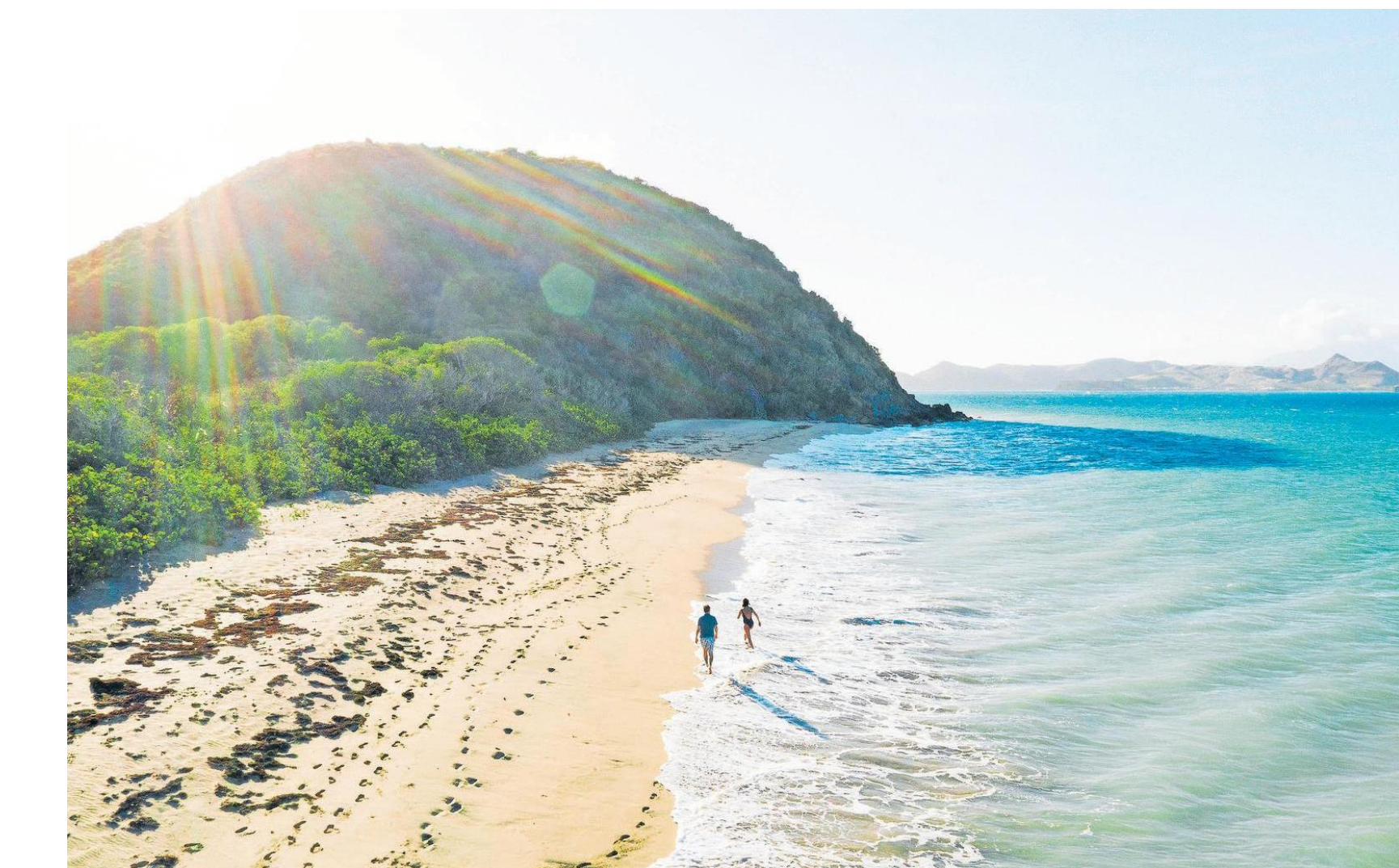
Unterschiedliche Motive

Günther Dobrauz-Saldapenna kennt die Preise auswendig. Und die Menschen, die diese bezahlen. Seit Kurzem verantwortet der Oberösterreicher das Europa-Geschäft bei Henley & Partners, Branchenführer bei der Planung von Staatsbürgerschaften und Wohnsitzen. „Wir verkaufen keine Pässe“, sagt Dobrauz-Saldapenna zur „Presse am Sonntag“. „Wir unterstützen erfolgreiche Menschen, ein Portfolio an Staatsbürgerschaften und Aufenthaltstiteln aufzubauen.“ Die meisten der Kunden würden ihr Heimatland nie verlassen, sondern möglichst früh Optionen aufbauen wollen. „Mehrere Staatsbürgerschaften und Aufenthaltstitel bedeuten auch, dass man einen Plan B, einen Plan C und so weiter hat.“ Aber wofür? Warum wohlhabende Menschen Goldene Pässe und Visa sammeln, zeigte sich beim „Safe Haven Forum“ in Zürich, bei dem die „Presse

am Sonntag“ mit Vermögenden sprach, die mehrere Staatsbürgerschaften und Aufenthaltstitel besitzen oder weitere anstreben. Zitieren darf die „Presse“ aus diesen Gesprächen nicht: Teilnehmer des Events, zu dem auch Regierungschefs, Parlamentarier und Vermögensverwalter kamen, hatten Vertraulichkeit zugesichert bekommen. Doch die Gespräche zeigen, wie unterschiedlich die Motive sind. Für einige spielen Steuern eine Rolle, andere wollen für den Fall vorsorgen, dass ihre Kinder zum Militär eingezogen werden könnten. Wieder andere denken an Ausbildung, Karriere oder den späteren Wohnort ihrer Familie. Den meisten geht es schlicht darum, Optionen zu haben und auf Unvorhergesehenes schnell reagieren zu können. Denn wer erst dann beginnt, nach einem neuen Pass zu suchen, wenn er ihn dringend braucht, könnte zu spät dran sein. Selbst besonders effiziente Programme dauern Monate, andere Verfahren dauern Jahre.

Pässe als Luxusgut

Mark Brantley hat noch eine andere Erklärung. „Der größte Luxus ist es, möglichst viele Optionen zu haben“, sagt der Premier der Karibikinsel Nevis zur „Presse am Sonntag“. Einen Luxus, den Nevis gemeinsam mit der Nachbarinsel St. Kitts erfunden hat. Der föderale Inselstaat St. Kitts und Nevis ist eines der kleinsten Länder, im Geschäft mit Goldenen Pässen aber eine feste Größe. Be-



Mindestens 200.000 Dollar kostet die Staatsbürgerschaft eines Karibiklands. Gettyimages

HINWEIS

Die „Presse am Sonntag“ war auf Einladung von Henley & Partners in Zürich.

reits 1984 wurde das weltweit älteste Programm für Staatsbürgerschaften gegen Investitionen aufgesetzt. Und eines der weltweit erfolgreichsten Programme. Allein zwischen 2015 und 2025 hat das Land laut EU-Kommission mehr als 50.000 Pässe an ausländische Investoren ausgestellt. Die Insel föderation hat selbst knapp 50.000 Einwohner.

Für Länder wie St. Kitts und Nevis sind Goldene Pässe kein Luxus, sondern ein wichtiger Wirtschaftszweig. Laut dem Internationalen Währungsfonds (IWF) betrugen die Einnahmen aus dem Programm im Jahr 2022 ganze 26 Prozent der Wirtschaftsleistung (BIP) des Inselstaats, in den Folgejahren sind die

Einnahmen allerdings eingebrochen, 2025 lagen sie nur noch bei 5,3 Prozent des BIP. Weshalb St. Kitts und Nevis ihre Staatsausgaben zuletzt etwas heruntersetzten. Die Inseln haben 2023 nicht nur die Preise erhöht, sondern auch die Voraussetzungen für Goldene Pässe deutlich verschärft: Die Herkunft der Gelder wird noch genauer geprüft, Staatsbürger bestimmter Länder wie Russland oder Iran sind ganz ausgeschlossen. Laut IWF dürfte auch dies zu den rückläufigen Einnahmen beigetragen haben.

Brantley sieht aber keine Gefahr für das Geschäftsmodell. Die strengeren Zugangsregeln seien



gut für die Reputation des Passes von St. Kitts und Nevis. „Die Branche wird weiter existieren“, sagt er, „sie wird sich aber qualitativ ändern“. Der Nevis-Premier will weiterhin neue Staatsbürger gewinnen. Er will aber auch die weltweit verstreuten Staatsbürger enger an das Land binden, sie zu weiteren Investitionen bewegen und damit mehr dauerhafte Wertschöpfung auf den Inseln schaffen. Locken will er mit einem attraktiven Steuersystem, langer Erfahrung im Finanzdienstleistungssektor – und auch mit der Landschaft.

Ganz konfliktfrei ist der Zustrom vermögender Neubürger allerdings nicht überall. Gerade in kleinen Insel-

staaten kann die Sorge entstehen, dass Investoren knappes Land und Immobilien verteuern oder über ihre wirtschaftliche Macht politischen Einfluss gewinnen. Deshalb gelten für über das Programm Eingebürgerte in manchen Bereichen andere Regeln als für die angestammte Bevölkerung.

Was Österreichs Pass kostet

St. Kitts und Nevis vergibt, so wie viele andere Staaten auch, Pässe an Menschen, die außer einem Investment kaum eine Beziehung zum Land haben. In Europa ist das nicht möglich. Malta hatte ein strukturiertes Programm für Goldene Pässe im Gegenzug für Investitionen, im Vorjahr wurde dieses vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) aber gekippt. Das Gericht sah eine unzulässige Kommerzialisierung der Staatsbürgerschaft, weil Malta die Einbürgerung systematisch gegen vorab festgelegte Zahlungen und Investitionen vergab. Nicht vom Urteil berührt wurde das österreichische Modell, das Staatsbürgerschaften bei Verdiensten für das Land vorsieht. Zulässig sei nämlich, Pässe etwa an Menschen zu vergeben, die sich in irgendeiner Form für das Land verdient gemacht haben.

Brüssel sieht Goldene Pässe kritisch und warnt vor illegaler Migration und Steuerflucht.

Österreich gilt eigentlich als besonders restriktiv, wenn es um die Verleihung von Staatsbürgerschaften geht. Wer eine heimische Staatsbürgerschaft annimmt, muss seine bisherigen Staatsbürgerschaften in der Regel ablegen – außer die Staatsbürgerschaft wurde aufgrund außerordentlicher Leistungen verliehen. 2025 etwa wurden insgesamt 50 Personen aufgrund solcher Leistungen für Österreich eingebürgert, die Namen der Neo-Staatsbürger werden von der Bundesregierung auch auf der Homepage des Bundeskanzleramts veröffentlicht. Eingebürgert werden vor allem Künstler, Sportler und Wissenschaftler. Aber manchmal auch Investoren. Jedenfalls wurde in Zürich auch der österreichische Pass als spannendes Puzzleteil in einem Portfolio aus Staatsbürgerschaften und Aufenthaltstiteln angepriesen.

Auch dafür gibt es gute Argumente. Aber wer sich auf diesen Standpunkt stellt, muss mir erklären, warum es bei Sportlern oder Künstlern offenbar kein Problem ist, wenn wir diese direkt einbürgern, bei Investoren, die Jobs schaffen, aber schon? Und warum ist es kein Problem, dass EU-Länder zum Beispiel allein im Jahr 2024 ungefähr 1,2 Millionen Menschen eingebürgert haben. Die meisten davon waren zudem aus Syrien, Marokko und Albanien, alles Risikoländer und viele von diesen Staaten sind sicher bei Weitem nicht alle gut in die europäische Kultur eingegliedert. Man bürgert also massenhaft Leute ein, die nicht integriert sind und von denen viele sogar als Sozialhilfeempfänger den Staat auch noch Geld kosten. Aber bei Investoren sagt man nein, die wollen wir nicht?

Das andere Argument sind Sicherheitsrisiken... Das ist einfach nachweislich ein Blödsinn. Wenn sich ein Politiker hinstellt und sagt, dass mit Karibik-Pässen massenhaft Kriminelle nach Europa kommen, ist er entweder zu wenig informiert oder er verbreitet wider besseres Wissen Falschinformation. Beides ist ein Grund, als Politiker zurückzutreten. Ein Sicherheitsrisiko sind die vielen Einbürgerungen von Menschen, die keinen peniblen Background-Check durchgehen, und die vielen Menschen, die illegal über die Grenze kommen und deren Identität wir zum Teil gar nicht kennen. Wer zum Beispiel einen Pass von St. Kitts und Nevis möchte, wird genauestens durchleuchtet und die EU kann den Prozess zu jedem Zeitpunkt einsehen. Sagen Sie mir einmal, wie Sie den Hintergrund von einem Afghanen checken, der in Österreich eingebürgert wird, und wie sie sicherstellen, dass er nicht Teil einer islamistischen Zelle ist.

Wie groß ist das Risiko, dass etwa sanktionierte Russen mit einem Zweitpass EU-Zugang bekommen? Über unsere Firma ist das unmöglich, wir halten uns immer an alle Sanktionsgesetze. Wer sanktioniert ist, bekommt durch uns keine zweite Staatsbürgerschaft. Natürlich kann jeder Staat selbst entscheiden, wem er einen Pass gibt. Aber genauso kann jeder andere Staat entscheiden, ob diese Person ins Land darf oder nicht. Welchen Pass Sie haben, sagt genau gar nichts darüber aus, ob Sie eine gute Person sind oder nicht.

Wie viele Pässe haben Sie? Das fragt mich jeder Journalist (lacht). Ich bin Schweizer, das ist mein Lieblingspass.

Es gibt immer mehr Programme für Pässe gegen Investments... auch in Europa. Und es macht auch einfach Sinn. Für die Staaten, für die Investoren. Es entstehen Arbeitsplätze. Und auch Verbindungen zwischen den Staaten und Investoren. Neue Ideen und Talente kommen ins Land, Investoren bringen oft auch Technologien oder Patente mit.

In Europa wurde das Modell Malτας gekippt, strukturierte Programme für goldene Pässe sind laut einem Gerichtsentcheid rechtswidrig. Sie dürften Staatsbürgerschaften gegen Verdienst verleihen, was ein würdiges Verdienst ist, ist Ermessenssache. Das Vorgehen der EU und das Urteil des Europäischen Gerichtshofs sind wirklich haarsträubend und rechtsstaatlich fragwürdig. Ein strukturierter und transparenter Prozess wird verboten, intransparente Ermessens-Entscheidungen sind aber nun ausdrücklich okay.

Und auch Branchenprimus Henley & Partner bietet auf seiner Website die Vermittlung nur zweier EU-Pässe an: der maltesische und der österreichische. „Die Staatsbürgerschaft ist nicht käuflich“, betont Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer (ÖVP) gegenüber der „Presse am Sonntag“. „Wer Bürger Österreichs werden will, muss Teil der Gesellschaft werden, einen Beitrag leisten und unsere Regeln und Werte achten.“ Dieser Beitrag könne auch ein großes Investment, das Jobs schafft oder die Exportwirtschaft fördert sein, sagen Branchenkenner. Mit mindestens drei Millionen Euro müsse man rechnen, um eine Chance zu haben. Österreichs Pass sei für Investoren schwer zu bekommen – aber trotzdem erreichbar.

Freifahrtschein für Kriminelle?

Und noch in einer anderen Sache steht Brüssel auf einem ganz anderen Standpunkt als etwa die Karibikstaaten, die Goldene Pässe offerieren: Derlei Programme würden unter Umständen illegale Migration, Steuerhinterziehung und den visafreien Zugang potenziell gefährlicher Menschen zum Schengenraum ermöglichen, so ein Bericht der EU Kommission. Zwar erkennt Brüssel auch an, dass etwa die Karibikstaaten, die Goldene Pässe ausstellen, in den vergangenen Jahren die Kriterien verschärft und die Preise erhöht haben, die Bedenken hinsichtlich der Einbürgerungsprogramme bestünden aber weiterhin. Auch weil die Nachfrage nach Karibikpässen weiterhin hoch sei, der Anteil der abgelehnten Anträge in Ländern wie Antigua und Barbuda oder St. Lucia aber im einstelligen Prozentbereich liegt. St. Kitts und Nevis lehnt über 40 Prozent der Anträge ab, Nevis-Premier Brantley hat auch deshalb keinerlei Verständnis für die Bedenken. Die Prozesse seien vollständig transparent und für die EU-Behörden einsehbar. „Wenn jemand einen Antrag für unsere Staatsbürgerschaft stellt, wissen die USA und Europa Bescheid“, sagt Brantley.

“

Nicht jeder hat das Glück, von Geburt einen österreichischen Pass oder einen, der ähnliche Möglichkeiten bietet, zu besitzen

GÜNTHER DOBRAUZ-SALDAPENNA
Head of Europe,
Henley & Partners

Wobei die Standards für Goldene Pässe von Land zu Land variieren. Im Vorjahr etwa war Vanuatu wegen eines Neo-Staatsbürgers in den Schlagzeilen. Der US-britische Influencer Andrew Tate, der in den USA in Haft sitzt und dem auch in Rumänien wegen Ausbeutung von Frauen der Prozess gemacht wurde, hatte offenbar einen Goldenen Pass des Landes erworben. Die Regierung Vanuatus erwog sogar, Tate den Pass wieder zu entziehen, entschloss sich letztlich aber dagegen. Die EU hat den visafreien Zugang für Bürger Vanuatus bereits 2024 aufgrund von Sicherheitsbedenken gekippt.

Riesige Branche

Wie in jeder Branche gibt es unterschiedlichste Player auf dem Markt – mit unterschiedlicher Reputation. Verschwinden wird das Geschäft mit der Investment-Migration trotz aller europäischer Sicherheitsbedenken nicht. Im Gegenteil. Zwar gibt es keine genauen Zahlen, aber mehr als 100 Staaten weltweit ermöglichen in irgendeiner Form Goldene Pässe oder Visa, rund 60 haben Programme, die sie auch aktiv werben. Der Branchenumsatz lag 2025 Schätzungen zufolge bei weltweit mehr als 20 Milliarden Dollar. „Nicht jeder hat das Glück, von Geburt einen österreichischen Pass oder einen, der ähnliche Möglichkeiten bietet, zu besitzen“, sagt Dobrauz-Saldapenna: Wo und in welche Familie man geboren werde, sei wie eine Lotterie und habe echte Auswirkungen auf die Möglichkeiten, die man hat. Wobei auch jene, die schon qua Geburt die größten Möglichkeiten haben, immer öfter auf Nummer sicher gehen wollen. Bei Henley & Partners stammt die größte Kundengruppe nicht etwa aus einem autoritär regierten Staat wie China, sondern aus den USA. Und in Ländern wie Deutschland wächst die Nachfrage aktuell rasant. Ein guter Pass öffnet viele Türen. Aber ein zweiter Pass sorgt dafür, dass sie im Ernstfall möglichst offen bleiben. Wenn man sich ihn leisten kann.



22. Salzburg Europe Summit 2026

von 27. bis 29. September 2026
im Salzburg Congress

www.salzburg-europe-summit.eu

Salzburg
22. Europe Summit



»Man konnte sich schon bei den Römern in die Staatsbürgerschaft einkaufen«

Staatsbürgerschaften gegen Geld? **Christian Kälin** hält das nicht nur für legitim, sondern für sinnvoll. Der Chef von Henley & Partners erklärt, warum Europa Investoren seiner Ansicht nach mit zweierlei Maß misst und warum Zweitpässe gefragt sind.

VON ALOYSIUS WIDMANN

ZUR PERSON



Henley & Partners

Christian Kälin, Jahrgang 1971, ist Chef von Henley & Partners. Das Unternehmen berät nicht nur vermögende Privatpersonen bei der Planung von Staatsbürgerschaften und Aufenthaltstiteln. Zu den Kunden gehören auch Regierungen, die Programme für goldene Pässe oder goldene Visa aufsetzen wollen.

sind die USA und Deutschland ist stark im Kommen. Natürlich muss sich im Land etwas ändern, wenn die Reichsten das Vertrauen in das Land verlieren.

Europa ist aber nach wie vor eine Wirtschaftsmacht, der Kontinent ist sicher und es herrscht das Recht... ...Covid hat vielen die Augen geöffnet, Regierungen haben Maßnahmen ergriffen, die rechtsstaatlich gesehen mehr als bedenklich waren. Man wurde plötzlich unter Hausarrest gestellt und zur Impfung genötigt. Die europäische Bewegungsfreiheit ist binnen kürzester Zeit zusammengebrochen. Ich musste während eines Lockdowns zu einem wichtigen Treffen und bin mit einer Spezialbewilligung mit dem Auto von Zürich nach Paris gefahren. An der Grenze hatte man das Gefühl, man reist nach Nordkorea ein und nicht in einen liberalen Rechtsstaat.

Sollten Pässe grundsätzlich im Gegenzug für Investitionen vergeben werden? Ich bin zum Schluss gekommen, dass es sinnvoll ist, Staatsbürgerschaften gegen Investitionen zu vergeben. Das Prinzip haben schon die Römer erfunden. Es gibt einen Passus in der Bibel, wo Paulus verhaftet wird und einwendet, dass er römischer Bürger sei. Der Zenturion, der ihn verhaftet, sagt dann, dass er auch Bürger ist und viel dafür bezahlt hat. Man konnte sich schon bei den Römern, die die moderne Staatsbürgerschaft erfunden haben, in die Staatsbürgerschaft einkaufen.

Sie beraten Regierungen bei Programmen für Staatsbürgerschaften im Gegenzug für Investments. Und Sie helfen Vermögenden, an neue Pässe zu kommen. Ist nicht auch bedenklich, wenn Staatsbürgerschaften käuflich sind? Das ist eine philosophische Frage. Ich

würde auch nicht sagen, dass Staatsbürgerschaften käuflich sind. Man wird genauestens geprüft und darf das Geld nicht auf fragwürdige Art und Weise verdient haben. Und man überweist nicht einen bestimmten Betrag irgendwohin und bekommt dafür den Pass, sondern man muss investieren und damit einen Betrag zum Beispiel zur Infrastruktur oder zur Wertschöpfung leisten.

Die Gegenposition ist, dass Staatsbürgern nur die sein sollten, die schon lange Teil der Gesellschaft sind und die Sprache können.

